

4. Interpellation von Alban Imeri, Hanspeter Heeb, Sabina Peter Köstli und Jacob Auer vom 24. Oktober 2018 "Zeitvorsorge im Kanton TG" (16/IN 37/284)

Beantwortung

Präsident: Die Antwort des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellanten haben das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Imeri, SP: Die Interpellanten danken dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen. Beim Lesen der Beantwortung spürt man, dass sich der Regierungsrat ausführlich mit dem Thema befasst hat. Da wir jedoch in einigen Punkten anderer Meinung sind als der Regierungsrat, **beantragen** wir Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Imeri, SP: Es freut mich, dass der Regierungsrat im ersten Satz der Vorbemerkungen festhält, dass der demografische Wandel neue Formen der Begleitung und Unterstützung älterer Menschen fordere. Dieser Aspekt stellte die Hauptursache für die Einreichung dieser Interpellation dar. Ohne verbissen darauf zu beharren, richteten wir den Fokus auf die Zeitvorsorge. Der Regierungsrat wurde ja auch damit beauftragt, seines Erachtens bessere Alternativen aufzuzeigen. Die Thematik der Betreuung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger wird sich vermehrt verschärfen, daher muss sich auch der Kanton Thurgau darüber Gedanken machen, wie seine Rolle in Zukunft aussieht und in welchem Ausmass diese Rolle ausgebaut werden könnte. Obwohl ich mir nicht um jeden Preis ein Zeitvorsorgemodell wünsche, bin ich dennoch ein wenig enttäuscht darüber, dass dieses System in der Beantwortung etwas zu negativ präsentiert wird. Bereits in den Vorbemerkungen werden bezüglich der Zeitvorsorge Äpfel und Birnen miteinander verglichen. Die Zahlen der Zeitvorsorge in der Stadt St. Gallen werden denjenigen der Organisationen im gesamten Kanton Thurgau gegenübergestellt. Dabei handelt es sich um keinen realistischen Vergleich. Weiter haben die Auswertungen der Zeitvorsorge in St. Gallen gezeigt, dass neues Potenzial ausgeschöpft werden konnte. Die Zeitvorsorge stand nicht in Konkurrenz mit bisherigen Angeboten und es fand schon gar kein Substitutionseffekt statt, wie in der Beantwortung fälschlicherweise zu lesen ist. Daher stellt sich die Frage, woher der Regierungsrat die Sicherheit nimmt für die Schlussfolgerung, dass das Modell der Stadt St. Gallen nicht auch im Kanton Thurgau möglich wäre. In der Beantwortung der ersten Frage wäre eine etwas differenziertere Analyse der Vor- und Nachteile wünschenswert gewesen. Angesichts des Erfolgs in der Stadt St. Gallen fällt es schwer zu glauben, dass sich die Vorteile der Zeitvorsorge in einem kurzen Satz zusammenfassen lassen, während die Nachteile den Platz von über einer halben Seite beanspruchen sollen. Auch das vom Regierungsrat als Hauptnachteil deklarierte Argument stelle ich in Frage. Dadurch, dass mit einem Zeitvorsorgemodell ein Mix aus Freiwilligen-

arbeit und Eigeninteresse angeboten würde, könnte in der Thurgauer Bevölkerung nämlich neues Potenzial generiert werden, womit den wachsenden Bedürfnissen künftig Rechnung getragen würde. Die weiteren erwähnten Nachteile könnten im Rahmen der Ausarbeitung einer möglichen Vorlage ausgebügelt werden. Denn die Interpellanten forderten ja gar kein fixfertiges Modell, das keinen Spielraum für Verbesserungen offenliesse. Denn auch der zeitnahe, intergenerationelle und gegenseitige Tausch von Zeit gegen Zeit ist durchaus interessant und verdient Unterstützung. Meines Erachtens stellt das aber kein Argument gegen die Einführung einer Art Zeitvorsorge dar, sei es in einer ähnlichen Form wie in St. Gallen oder modifiziert in die Richtung einer begleiteten Nachbarschaftshilfe (Fondation KISS). Dennoch begrüsse ich die verschiedenen möglichen Massnahmen sehr, die der Regierungsrat in der Beantwortung der zweiten bis vierten Frage auflistete. In seinem Abschlussvotum muss der Regierungsrat nun aber noch die Frage beantworten, ob nun effektiv geplant ist, die vorgestellten Massnahmen umzusetzen oder ob dafür ein weiterer Vorstoss nötig sein wird.

Grau, FDP: Die FDP-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die aufschlussreiche Beantwortung der Interpellation und schliesst sich den Ausführungen teilweise an. Tatsächlich sind in den heute bekannten Zeitvorsorgesystemen vermeintlich interessante Aspekte für die künftige Begleitung und Unterstützung älterer Menschen zu erkennen. Dennoch stellt diese geldfreie, 4. Vorsorgesäule langfristig kein taugliches Mittel als neues Altersvorsorgemodell dar. Im Bericht des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) in Bern kann nachgelesen werden, dass auch die verschiedentlich zitierten Experten aus der Praxis nicht abschliessend zu einer positiven Beurteilung eines Zeitvorsorgesystems kommen. Demografische Einflüsse werden sich nämlich auch bei einem Zeitvorsorgesystem negativ bemerkbar machen. Es ist demnach höchst unsicher, dass die erbrachten Leistungen zu einem späteren Zeitpunkt effektiv bezogen werden können, da zwischen der Leistungserbringung und dem Leistungsbezug meistens mehrere Jahre oder gar Jahrzehnte liegen. Im angestrebten Umlageverfahren, analog zur Alters- und Hinterlassenenvorsorge (AHV), stehen viele alte Menschen immer weniger jüngeren Leuten gegenüber, die später einmal Zeitvorsorge leisten könnten. Eine reine zeitliche Abgeltung der früher geleisteten Stunden durch Dritte im eigenen Bedarfsfall ist somit kaum realistisch. Wie aber wären dann die erbrachten Leistungen zu tilgen? Darüber hinaus müsste für ein solches Zeitvorsorgesystem eine Datenbank betrieben werden, die auch langfristig Gewähr böte für eine korrekte Ver- und Gegenrechnung der einst erbrachten Stundenleistungen. Wer hätte diese Datenbank mit welchen Mitteln und unter welchen Bedingungen zu betreiben? Der administrative Aufwand, der Datenschutz, die Vertrauenswürdigkeit sowie die Beständigkeit des Betriebs einer solchen Datenbank dürfen nicht unterschätzt werden und es würden dafür nicht unerhebliche Kosten anfallen. Hätten diese Kosten für ein kantonales Zeitvorsorgeprojekt der Staat oder allenfalls die Gemeinden zu tragen? Die FDP-Fraktion stellt sich gegen eine staatlich verordnete oder

organisierte Zeitvorsorge. Nötigenfalls könnten wir aber einer Art Zeitbörse im Sinne eines zeitnahen Tauschs von intergenerationellen, gegenseitigen Leistungen (Zeit gegen Zeit) positive Effekte abgewinnen. Unsere Fraktion würde eine solche Zeitbörse aber nicht auf die kantonale Ebene stellen wollen. Vielmehr müsste ein derartiges Projekt lokalen Initianten überlassen werden. Offen bleibt bei Zeitvorsorge- oder Zeitbörsenmodellen ganz klar die Frage nach der Motivation. Die Kontroverse von Altruismus versus Eigennutzen wird bei solchen Modellen immer wieder ins Feld geführt. Wird Freiwilligenarbeit uneigennützig geleistet oder geht es nur darum, die erbrachten Leistungen später einmal zurückfordern zu können? Fachexperten wagen diesbezüglich keine eindeutige Aussage. Die Beweggründe jeder einzelnen Person, sich für ihre Mitmenschen zu engagieren vermag, sind wohl zu unterschiedlich. Die Definition von Freiwilligenarbeit, ehrenamtlichen Tätigkeiten, Nachbarschaftshilfe, innerfamiliären Hilfeleistungen ohne Gutschrift in einem Zeitvorsorge- oder Zeitbörsenmodell stünden systemischen Zeitgutschriften gegenüber. Die Abgrenzung wäre schwierig, was unweigerlich zu unbefriedigenden oder gar ungerechten Situationen führte. Für die FDP-Fraktion stellt sich folgende Frage: Werden Hilfeleistungen für unsere Mitmenschen heute tatsächlich nur noch mit Ausblick oder gar Garantie auf Gegenleistung erbracht? Wir sollten unser Augenmerk doch vielmehr auf Freiwilligenarbeit ausrichten als auf unrealistische Zeitvorsorgemodelle, die im Endeffekt zum Scheitern verurteilt oder schlimmstenfalls gar auf öffentliche Mittel angewiesen wären. Für die FDP-Fraktion stellt die Zeitvorsorge im Kanton Thurgau gemäss den Ausführungen im Interpellationstext kein zukunftsgerichtetes und taugliches Modell dar.

Rüetschi, GP: Gemäss Erachten der GP-Fraktion würdigt der Regierungsrat das Modell der Zeitvorsorge als mögliche weitere Säule der zukünftigen Altersvorsorge zu wenig. Das Schweizer Rentenmodell mit seinen drei Säulen gilt als eines der besten Systeme für die Sicherheit und Dauerhaftigkeit der gesellschaftlichen Altersvorsorge. Es stösst nun aufgrund der demografischen Entwicklung und wirtschaftlichen Stagnation langsam an seine Grenzen und kann seine zukünftigen Verpflichtungen ohne Anpassungen wohl nicht mehr garantieren. Wir sind also dazu gezwungen, über neue Formen für ein solidarisches Zusammenleben im Alter nachzudenken. Das Projekt Zeitvorsorge stellt eine mögliche neue Form dar. Es sieht vor, dass gesunde, rüstige Personen im Rentenalter ältere, hilfsbedürftige Menschen unterstützen und so Zeitguthaben für die eigene Unterstützung im Alter sammeln. Für die geleistete Unterstützung kann sich eine Person die geleistete Zeit bis zu einer definierten Obergrenze gutschreiben lassen. Diese Zeit kann sie später bei eigener Hilfsbedürftigkeit gegen Unterstützungsleistungen eintauschen. Dieses System basiert auf Vertrauen. Handelte es sich um eine finanzielle Gutschrift, würde keine Garantie bestehen, dass die Gutschrift ihren Wert behält. Aber eine Stunde wird auch in 50 Jahren noch 60 Minuten wert sein. Daher ist Zeit eine viel bessere Währung als Geld. Man erhält definitiv etwas zurück, das hohen und beständigen Wert hat.

Im Modell der Zeitvorsorge erkennt der Regierungsrat leider nur mögliche neue, finanzielle Belastungen anstelle von Kosteneinsparungen. Studien und Erfahrungen zeigten jedoch, dass Pflegeheimeintritte durch diese Art der Hilfe später erfolgen respektive verzögert werden können. Weiter fokussiert der Regierungsrat lediglich die Kosten einer Übernahme des Leads für die Aufgleisung einer kantonalen Zeitvorsorge. Unseres Erachtens ist das mutlos. Es scheint, als hätte der Regierungsrat krampfhaft nach Negativargumenten gesucht, denn eigentlich steht er der Idee ja positiv gegenüber. Auf die Verantwortung für die Bildung einer Zeitvorsorgeplattform möchte der Regierungsrat gerne verzichten, stattdessen würde er lokale Initiativen auf Gemeindeebene unterstützen wollen. Das wäre zwar auch nicht schlecht. Er müsste lediglich die in der Antwort angesprochenen Massnahmen zur Bildung einer Kultur der sorgenden Gesellschaft (Care Community) umgehend anpacken. Das Modell der Zeitvorsorge als mögliche 4. Säule verfolgt das Ziel, dass es auch in 30 Jahren noch möglich sein wird, im Alter ein würdevolles Leben zu führen. Die GP-Fraktion vertritt die Ansicht, dass dieses Ziel eine höhere Priorität verdienen würde als nur die schwammigen Formulierungen in der Beantwortung des Regierungsrates.

Heeb, GLP/BDP: Mit Erstaunen stelle ich fest, dass die Thematik der Zeitvorsorge offenbar zu einem Schlagabtausch zwischen den Linken und Rechten führt. Vielmehr dachte ich, es handle sich dabei um ein wertneutrales Thema. Die psychologische Forschung spricht den Linken ein eher positives Weltbild zu, während die Rechten eher auf der Basis einer Ängstlichkeit agieren sollen. Die GLP/BDP-Fraktion ist gegenüber der Zeitvorsorge positiv eingestellt, vielleicht sind wir also tatsächlich eher links zu verorten. Den Regierungsrat verstehen wir aber so oder so nicht richtig. Die Stadt St. Gallen weist die Organisationskosten korrekt mit 15 Franken pro Stunde aus. Wohl niemand glaubt, dass die Organisation in allen anderen Modellen günstiger sei. Organisation ist nie kostenlos, auch wenn Stiftungen wie die Pro Senectute ihre Organisationskosten nicht separat ausweisen muss. Die Kritik an Umlageverfahren erschüttert mich. Wenn schon unsere Vorväter nach dem Zweiten Weltkrieg diese Ansicht vertreten hätten, verfügten wir heute über keine AHV, die trotz der demografischen Veränderungen noch immer lebt. Ich bin zuversichtlich, dass dies auch in 30 Jahren noch der Fall sein wird. Ebenso erachte ich die Kritik an der Eigennützigkeit als fehl am Platz. Erbringt mir jemand einen Gefallen, habe ich nämlich ein besseres Gefühl, wenn ich weiss, dass mein Wohltäter auch etwas von seiner guten Tat hat. Auch beispielsweise für kinderlose Personen stellt die Aussicht auf spätere Hilfestellungen eine sehr gute Motivation für das eigene Engagement dar. Der Aspekt der Hilfe wird künftig immer wichtiger. Die Zeitvorsorge erachte ich als interessantes Modell, das ohne Versuchsprojekt gar nicht erst bewertet werden kann. Häufig ist es nicht die Pflege, welche die Angehörigen von hilfsbedürftigen Personen überfordert, sondern vielmehr die Betreuung. An diesem Punkt ansetzende Unterstützung scheint mir wichtig. In St. Gallen konnte nachgewiesen werden, dass es das Modell der

Zeitvorsorge für manch pflegebedürftige Person vermochte, den Umzug in ein Heim abzuwenden. Für viele ältere Menschen stellt der Eintritt in ein Heim nämlich keine Option dar. Viel lieber möchten sie zu Hause bleiben. Lassen Sie uns mithelfen, einigen älteren Menschen diesen Wunsch zu ermöglichen.

Frischknecht, EDU: Ich staune über die psychologische Expertise von Kantonsrat Heeb, vermisste aber eine fundierte Quellenangabe für seine dargelegten Erkenntnisse. Nachfolgend spreche ich für den abwesenden Kantonsrat Wüst: Die EDU-Fraktion dankt den Interpellanten für ihre Fragen. Die sehr gute Aufstellung in der Beantwortung des Regierungsrates bildet die Basis für die aktuelle Diskussion. Sie lässt erkennen, dass schon heute viel unternommen wird. Wir staunen über die hohe Anzahl Stunden, die freiwillig für Mitmenschen geleistet werden. Es ist schade, dass es sich aktuell offenbar nicht rechnen würde, ein mit jenem der Stadt St. Gallen vergleichbares Zeitsystem zu betreiben. Gemäss Erachten der EDU-Fraktion stellt die Vielzahl der Möglichkeiten einen stabilen Weg für die Zukunft dar. Seit Generationen unterstützen und helfen sich die Menschen gegenseitig. Die meisten dieser Helfer schreiben keine ihrer geleisteten Stunden auf. Sie vertrauen darauf, dass ihnen dereinst auch geholfen wird. Beispielsweise in Generationenhäusern kann dieses Miteinander geübt und gelebt werden. Wir begrüssen es, dass der Regierungsrat über alle guten Projekte im Kanton informieren will. Die alten und gebrechlichen Menschen werden uns künftig immer mehr beschäftigen. Es ist wichtig, dass wir diese Thematik fokussieren. Die EDU-Fraktion dankt all jenen, die sich schon heute unentgeltlich für ältere Menschen einsetzen.

Peter Köstli, CVP/EVP: Die Interpellanten und die CVP/EVP-Fraktion danken dem Regierungsrat für die breit recherchierte und ausführliche Beantwortung der Interpellation. So wurden beispielsweise die Unterschiede sowie die Vor- und Nachteile der verschiedenen Zeitvorsorgemodelle und der Zeitbörse gut verständlich dargelegt. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es sich bei den erbrachten Leistungen um Freiwilligenarbeit handelt. Das stellt einen der Gründe dar, weshalb ich als Geschäftsführerin von benevol Thurgau, Fachstelle für Freiwilligenarbeit, als Mitinterpellantin auftrete. Nachbarschaftshilfesysteme basieren auf Nähe und Vertrautheit und müssen von unten nach oben heraufwachsen (bottum-up-Prinzip). Zudem sollten diese Systeme lokal begleitet werden. Zeitvorsorge-Modelle können insbesondere in Städten wie beispielsweise in St. Gallen oder in Gemeindeverbunden gut funktionieren. Wie der Regierungsrat in der Beantwortung mitteilt, macht eine kantonsweit koordinierte Zeitvorsorge jedoch keinen Sinn, auch wenn der Vergleich der Zeitvorsorge St. Gallen mit den Leistungen von kantonsweit tätigen Thurgauer Organisationen hinkt. Die Organisationen im Kanton Thurgau weisen in ihren Jahresberichten nämlich das Total der geleisteten Stunden aus und nicht detailliert die Anzahl Stunden, die Freiwillige für Betagte erbringen. In der Beantwortung des Regierungsrates ist zu lesen, dass Nachbarschaftshilfe und Vereinskultur in unse-

rem Kanton sehr gut funktionieren würden und dass Menschen vermehrt als Freiwillige oder bezahlte Laien einer sinngebenden Tätigkeit nachgehen möchten. Diese Aussage stimmt allerdings nur bedingt. Dieses vermeintlich gute Funktionieren ist 2,5 Millionen Freiwilligen zu verdanken, denen vielfach gar nicht bewusst ist, welch wertvolle und unbezahlbare Dienstleistungen sie erbringen. Schweizweit werden jährlich rund 664 Millionen Stunden an gemeinnütziger Arbeit geleistet, was Marktkosten von rund 36 Milliarden Franken entspricht. Aber lassen sich auch künftig Personen finden, die sich für ein Butterbrot respektive ein lauwarmes Dankeschön gemeinnützig für die Allgemeinheit einsetzen? Gerade im Bereich der Care-Arbeit wird mit viel Freiwilligenarbeit gerechnet. Im Jahresbericht der Pro Senectute ist festgehalten, dass die Stiftung seit mehreren Jahren Schwierigkeiten bemerke bezüglich der Rekrutierung von Freiwilligen für ihre vielfältigen Aufgaben. Ein Grund dafür sei in der Tatsache zu suchen, dass immer mehr Organisationen und Institutionen auf Freiwillige und deren Unterstützung setzen würden. Von dieser Entwicklung sind wohl auch die Vereine betroffen. Den Vereinen kommt aber insbesondere in den Gemeinden eine sehr wichtige gesellschaftliche Rolle zu. Daher muss jede Form von Freiwilligenarbeit gefördert werden. Verschiedene Formen der Freiwilligenarbeit unterstützen letztendlich die Förderung der Solidarität. Der demografische Wandel fordert neue Formen der Begleitung und Unterstützung. Er macht weder vor den Gemeinden noch vor dem Kanton Halt. In einer aktuellen Ausgabe der Gesundheitssendung "Puls" wird das Nachbarschaftshilfemodell KISS als Wundermittel zur Entlastung pflegender Angehörigen vorgestellt. Daher sind die in der Beantwortung der zweiten bis vierten Fragen aufgelisteten Massnahmen sehr zu begrüßen. Die Care Community kann durch ambulante Unterstützung helfen, kostenintensive Gesundheits- und stationäre Heimkosten aufzuschieben beziehungsweise zu vermindern oder gar zu vermeiden. Davon könnten sowohl der Kanton als auch die Gemeinden profitieren. Die Förderung der Care Community ist daher, wie vom Regierungsrat vorgeschlagen, in die Regierungsrichtlinien 2020 - 2040 miteinzubeziehen. Gerne ist die benevol Thurgau dazu bereit, bei der Konkretisierung mitzuwirken.

Hugentobler, SP: Ich bin froh darüber, als positiver Mensch in der richtigen statt in der rechten Partei gelandet zu sein. Ich danke den Interpellanten für ihre Fragen und das Aufgreifen dieses Themas. Dem Regierungsrat danke ich für die Beantwortung und den differenzierten Überblick über bereits vorhandene, gelebte und erprobte Modelle. Das Projekt KISS fasziniert mich als Privatperson und zeigt mit den Erfahrungen und Erfolgen auf, dass ihr Genossenschaftsmodell zukunftsgerichtet ist und in den einzelnen Regionen nicht zuletzt aufgrund der Überschaubarkeit und der grossen Vertrauensbildung erfolgreich ist. Das Zeitvorsorgemodell ruft bei mir hingegen eine gewisse Skepsis hervor. Die Idee, dass jemand Zeit aufwendet, um später selber von der Zeit anderer Personen profitieren zu können, klingt auf den ersten Blick vernünftig und nachvollziehbar. Sobald diese Zeit "unterwegs" aber auch noch in Geld umgerechnet oder gar umgewandelt und

anschliessend durch den Staat pekuniär abgesichert werden sollte, bekunde ich Mühe. Was ist Zeit überhaupt? Zeit ist unfassbar, sie ist einfach da, sie ist unendlich und in unserer Lebenszeit aber doch beschränkt. Mit der Umwandlung eines Zeiteinsatzes in Geld fände ein Handel mit immateriellem Gut statt, auch wenn die Zeit später wieder als Zeit bezogen würde. Als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind wir es gewohnt, unsere Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen und dass wir materielle Dinge kaufen und wieder verkaufen. Den Handel mit dem unfassbaren und ungreifbaren Gut der Zeit kennen wir hingegen nicht. Das erinnert mich an Peter Schlemihl von Adelbert von Chamisso, der dem Teufel seinen eigenen Schatten verkaufte, oder an Faust von Goethe, der seine Seele dem Mephisto veräusserte. Beide Geschichten nahmen kein gutes Ende. Keinesfalls möchte ich die Zeitvorsorge verteufeln. Der Grosse Rat kann mich nun auch als einen Narren oder ewigen Romantiker schelten. Ich bin trotzdem davon überzeugt, dass der Staat die Finger von der Zeitvorsorge lassen sollte. Insbesondere sollte der Staat nicht zum Zeitverwalter oder gar Zeitrachlassverwalter ernannt werden. Aber vielleicht stellt die Zeitvorsorge tatsächlich ein neues Modell der Freiwilligenarbeit dar: Freiwilligenarbeit mit Nachhaltigkeit. Zweiteres ist ein neues Wort. Nachhaltig ist das Modell jedoch nicht für den Empfänger der Zeit, sondern für den Spender, der damit vermeintlich nachhaltig für sich selber vorsorgt. Es handelt sich um nachhaltiges Geben und gehaltvolles Nehmen. Bleibt zu erwähnen, dass ich einst gelernt hatte, dass Geben seliger sei als Nehmen. Jedenfalls bin ich davon überzeugt, dass kantonsweite, regionale oder lokale Angebote von Vereinen, Stiftungen oder Genossenschaften den Bedürfnissen schneller und unbürokratischer gerecht werden können. Diese Angebote bewegen sich am nächsten im Bereich der uns bekannten und bewährten Nachbarschaftshilfe. Zudem können die Anbieter mit Entlastungs- und Unterstützungsdiensten kooperieren. Diese Lösung stellt meines Erachtens einen guten Weg zum Ziel der Care Community dar. Schliesslich danke ich dem Regierungsrat für seine Bereitschaft, neue Ideen und Modelle aufzugreifen und zu unterstützen sowie koordinierend und beratend tätig zu sein. Ich danke ihm aber auch für seine Vorsicht und Zurückhaltung bezüglich der Übernahme des Leads oder gar des finanziellen Risikos von Zeitbörsen. Ich danke allen, die sich in der Betreuung, Begleitung und Unterstützung älterer oder bedürftiger Menschen engagieren, sei es gegen Entgelt, gegen Zeitgutschrift oder einfach für ein herzhaftes Dankeschön. Insgesamt danke ich all jenen ganz herzlich, die auch fortan das selige Geben praktizieren.

Strupler, SVP: Die SVP-Fraktion dankt für die umfangreiche Beantwortung der Interpellation. Das Thema Zeitvorsorge klingt spannend. Gerade hinsichtlich der Betreuung älterer Menschen sehen wir uns mit grossen Herausforderungen konfrontiert, sei dies betreffend die Rekrutierung von Personal oder bezüglich der Kosten. Zudem wird die Betreuung und Begleitung älterer Personen mit unserem immer individuelleren Lebensstil nicht einfacher. Die SVP-Fraktion zweifelt am in der Interpellation vorgestellten Modell der

Zeitvorsorge als richtige Lösung. Auch wenn die Idee interessant klingen mag, teilt die SVP-Fraktion die Ansicht des Regierungsrates. Im ländlichen Thurgau funktioniert die Nachbarschaftshilfe sehr gut. Schon jetzt werden viele Arbeiten von Freiwilligen oder bezahlten Laien erledigt, koordiniert durch Non-Profit-Organisationen. Wir erkennen daher keinen Nutzen im Aufbau einer Zeitvorsorge, zumal die Kosten sowie der administrative und bürokratische Aufwand relativ hoch ausfallen würden. Bestehende Organisationen weiter zu unterstützen sowie kleinräumige Genossenschaften und Vereine wo nötig zu fördern, scheint viel sinnvoller zu sein. Insbesondere müssen wir zu unseren Werten bezüglich Ehrenamtlichkeit und zu den Vereinen Sorge tragen. Ein neues Vehikel aufzubauen und gleichzeitig das Versprechen abzugeben, dass die geleisteten Stunden später eingelöst werden können, erachten wir als falsch, risikoreich und nicht zielführend. Meine aktive Vereinsarbeit und mein Einsatz in verschiedenen Milizämtern haben mir bis jetzt immer gezeigt, dass in irgendeiner Form zurückkommt, was man sät. Der Einsatz lohnt sich somit sowieso. Dafür benötigen wir aber keine neue Organisation und keinen zusätzlichen bürokratischen Aufwand. Vielmehr braucht es Personen wie Sie und mich, die sich mit Freude und Überzeugung für verschiedene Aufgaben einsetzen. Den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern gebührt Wertschätzung sowie Dank, und zwar nicht nur in politischen Reden. Nicht zu vergessen sind auch unsere Familien. Die dort geleistete Arbeit muss ebenfalls wieder vermehrt gewürdigt werden. Wir sollten nicht stetig nur die Fremdbetreuung der Kinder und somit die Mobilisierung aller Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt fokussieren. Auch die Arbeit zu Hause in der Familie mit Kindern und Angehörigen muss wieder vermehrt anerkannt und geschätzt werden, vielleicht auch in finanzieller Hinsicht in Form von Steuerabzügen. Zu Kantonsrat Heeb: Die bürgerlichen, oder wie er zu sagen pflegte, die rechten Parteien sind bestimmt nicht ängstlich, obwohl mir solche Bemerkungen teilweise durchaus Angst einjagen. Die SVP-Fraktion vertritt aber dezidiert die Ansicht, dass der Staat nicht für sämtliche Angelegenheiten hinzugezogen werden sollte. Stetig neue, staatliche Organisationen sind nicht nötig. Vielmehr sollten wieder diejenigen schweizerischen Werte gefördert werden, die uns so erfolgreich gemacht haben, nämlich Selbstverantwortung und Einsatz. Dann wird in unserer Gesellschaft auch künftig genug Bereitschaft zu finden sein für das Leisten freiwilliger Einsätze aus Überzeugung und Freude. Das stellt sicherlich das erfolgreichere Modell dar, als wenn für gute Taten eine Gegenleistung erwartet wird. Ich freue mich über die ähnliche Einstellung von Kantonsrat Hugentobler, der unsere Schatten nicht verkaufen möchte. Die ehrenamtliche Arbeit weist einen Wert auf, der nicht bezahlbar ist. Lassen Sie uns diesen Wert weiterhin pflegen und fördern.

Günter, CVP/EVP: Die Tatsache, dass unsere Bevölkerung im Durchschnitt jährlich drei Monate älter wird und sich die Familienstrukturen ändern, stellt für die Gesellschaft eine gewaltige Herausforderung dar. Die Gewährleistung der erwarteten hohen Lebensqualität bis ins höchste Alter erfordert viele Ressourcen und eine stetig ansteigende Arbeitsleis-

tung. Ohne engagierte Freiwillige, praktisch anteilnehmende Nachbarn, rund um die Uhr fürsorgliche Familienangehörige könnten diese Aufgaben nicht bezahlt und nicht bewältigt werden. Ich danke den Interpellanten für das Aufwerfen ihrer Fragen. Die Care Community, also eine Gesellschaft, die eine Haltung der Sorge füreinander pflegt, sollte stetig wachsen. Gesucht ist das Mittel, welches diese Haltung fördern und Freiwilligenarbeit zu einem persönlichen Gewinn werden lassen kann. Wie in diversen Voten bereits betont wurde, wird schon heute viel geleistet. Die heutige Diskussion sucht nach dem für den Kanton Thurgau am besten passenden Modell, das die Koordination der Freiwilligenarbeit zu gewährleisten vermag und dabei die Menschen mit etwas Zeit für die Thematik sensibilisieren und informieren kann. Diese Personen müssen dazu motiviert werden können, sich einzubringen und später selber profitieren zu dürfen. Der Kanton Thurgau verfügt über spezielle Voraussetzungen, die den direkten Vergleich mit der Stadt St. Gallen erschweren. Die vielen kleinen Orte und Weiler, in welchen sich die Menschen kennen und wo engagierte Vereine tätig sind, führen in vielen Fällen zu einer fast selbstverständlichen Nachbarschaftshilfe. Die EVP dankt dem Regierungsrat für die sorgfältige Beantwortung der Interpellation. Unsere Partei stimmt den Schlussfolgerungen des Regierungsrates zu. Den höchsten Nutzen erreichen wir durch die Abstimmung von lokalen Projekten mit den verschiedenen Organisationen. Wichtig sind dabei die Förderung und professionelle Unterstützung der öffentlichen Hand. Wie Auswertungen zeigen, kann bereits mit einer kleinen Teilnehmerschaft ein Spareffekt für den öffentlichen Haushalt erzielt werden. Freiwillige Helferinnen und Helfer haben Anerkennung, Unterstützung und Förderung verdient. Ganz pragmatisch betrachtet, lässt sich der Mensch jedoch nach wie vor am liebsten von seinem nächsten Umfeld helfen, nämlich von der Familie, von Freunden oder Nachbarn. Daher erhalten leider nicht alle gut aufgegleisten Ideen viel Zulauf und oft müssen derartige Projekte wieder eingestellt werden. Wer aber nicht wagt, kann auch nicht gewinnen. Die Herausforderungen sind jedenfalls gross und entsprechende Investitionen lohnen sich bestimmt. Die Förderung der Care Community und die Unterstützung von lokalen Projekten begrüssen wir.

Regierungsrat **Dr. Stark:** Dass der Regierungsrat der Freiwilligenarbeit, insbesondere im Bereich der Altersbetreuung, grosse Beachtung schenkt, ist bekannt. Mit dem Geriatrie- und Demenzkonzept befindet sich der Kanton Thurgau im schweizerischen Vergleich in der Spitzengruppe. Die heutige Diskussion verorte ich dahingehend, dass die Stossrichtung des Regierungsrates von der Mehrheit des Parlaments mitgetragen wird und das Modell der Zeitvorsorge nicht eingeführt werden soll. Demnach wird der Kanton, wie in der Beantwortung der vierten Frage festgehalten, vor allem lokale Projekte begleiten. Die Gemeinden stehen diesbezüglich zwar im Vordergrund, der Kanton wird aber eine koordinierende Position einnehmen und prüfen, ob bestimmten Organisationen einen Leistungsauftrag erteilt werden könnte. Betreffend die Freiwilligenarbeit befindet sich der Thurgau auf einem guten Weg. Schliesslich sollten die kurzen Wege des Kantons nicht

nur im Rahmen der Verwaltung oder der Politik, sondern in sämtlichen Bereichen des Lebens Bedeutung erlangen. Lassen Sie uns einander helfen, wo wir nur können.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.